

Newsletter Oktober 2020

Ganztagschule

Nach [aktuellen Medienberichten](#) blockiert Baden-Württemberg (Grün-Schwarz regiert) eine Vereinbarung zwischen Bund und Ländern zum Ausbau der Ganztagsbetreuung. Die SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein dagegen will die Mittel nutzen, um die Schule der Zukunft zu entwickeln. Schleswig-Holstein würde allein 2020/21 25,5 Millionen € erhalten und knapp 11 Millionen € Kofinanzierung leisten. Eine Chance, neu über die Weiterentwicklung unseres Schulsystems nachzudenken. Seine sozialen Ungerechtigkeiten hängen maßgeblich damit zusammen, dass die Lern- und Arbeitsbedingungen, die Schülerinnen und Schüler nach der Halbtagschule zu Hause vorfinden, sehr unterschiedlich verteilt sind. Wir wollen, dass auch die 30 Prozent unserer Grundschulen, die bisher noch keine Ganztagsschulangebote haben, so schnell wie möglich welche einrichten. Mittelfristig müssen aber auch die weiterführenden Schulen ihre Ganztagsangebote verbessern. Es müssen auch teilgebundene Ganztagschulen möglich sein, die z. B. nur an drei Tagen in der Woche Nachmittagsangebote haben. Bei einer Weiterentwicklung muss im Rahmen des Möglichen die Zweiteilung des Tages überwunden werden, bei der der Unterricht in gedrängter Form vormittags stattfindet und nachmittags Hausaufgabenbetreuung und Zusatzangebote stattfinden. Das Ziel muss eine Mischung von ganztägigem Unterricht sein, der von Phasen der Vor- und Nachbereitung und der Beschäftigung mit anderen Dingen unterbrochen wird. Auf diesem langen Weg müssen alle mitgenommen werden und in den Entwicklungsprozess eingebunden werden: Lehrkräfte, Schüler*innen, Eltern, Jugendhilfe und andere.

[Landtagsrede von Martin Habersaat vom 25. September 2020](#)

In [Umdruck 19/4387](#) beschreibt das Bildungsministerium die Gespräche mit dem Bund zum Ganztagsschulprogramm.

Schulbusse in Corona-Zeiten

Seit Wochen weisen Busunternehmer auf ihre Existenzsorgen hin und bieten gleichzeitig an, mit ihren Fahrzeugen die teilweise katastrophale Situation in den Schulbussen zu entschärfen. Nase an Nase in die Schule zu fahren, ist in Corona-

Zeiten erkennbar keine gute Idee. Es erschwert auch den Lehrkräften ihre Aufgabe, an der Schule für den Sinn einer Trennung nach Kohorten zu werben. Die SPD hat die Einrichtung einer Busbörse und Unterstützung des Landes für die Schulträger gefordert, die Jamaika-Koalition beließ es bisher leider nur bei einem Prüfauftrag.

[Landtagsrede von Kai Vogel vom 24. September 2020](#)

Lübecker Nachrichten - Lübecker General-Anzeiger
25.09.2020, Seite 1
**Volle Schulbusse: Jamaika
schmettert SPD-Vorstoß ab**
Mehr Busse wegen Corona-Gefahr:
Koalition lehnt das als zu teuer ab





10 Dinge, die die SPD zur digitalen Modernisierung der Schulen erreicht hat.

VERANTWORTUNG FÜR UNSERE ZUKUNFT.

Viel wurde geschimpft über die Fähigkeiten unserer Schulen, in der Corona-Krise digital zu arbeiten. Seither hat die SPD einiges erreicht, damit es in Zukunft besser geht. Einige Weichen hat die SPD auch vorher schon richtig gestellt. Wir haben zusammengefasst, was in den letzten Jahren passiert ist.

1. **Lehrkräfte lernen Medienkompetenz.**

In § 12 (2) des [Lehrkräftebildungsgesetzes Schleswig-Holstein](#) 2014, das erstmals alle Phasen der Lehreraus- und Weiterbildung aus einem Guss regelte, heißt es: „Pädagogische und didaktische Basisqualifikationen in den Themenbereichen Umgang mit Heterogenität und Inklusion sowie Grundlagen der Förderdiagnostik, durchgängige Sprachbildung und Vermittlung von Medienkompetenz sind in sämtliche Lehramtsstudiengänge zu integrieren.“

Wir freuen uns über Rückmeldungen von Studierenden, wie gut das an den Universitäten in Kiel, Flensburg und Lübeck umgesetzt wird.

2. **Strategie zur „Bildung in der digitalen Welt“**

Mit der Verabschiedung der Strategie im Dezember 2016 haben sich die Bildungsministerinnen und Bildungsminister der Länder auf einen verbindlichen Rahmen für die „[Bildung in der digitalen Welt](#)“ verständigt. Der Bildungsauftrag von Schulen wurde erweitert und nahm (endlich) das Lernen im Kontext zunehmender Digitalisierung und das kritische Reflektieren -das allerdings auch analog geübt werden kann- als integrale Bestandteile auf. Einer der beiden Vorsitzenden der vorbereitenden Lenkungsgruppe war der Bildungsstaatssekretär Dirk Loßack (SPD) aus Schleswig-Holstein.

3. **Mehr Medienkompetenz im Unterricht**

Bereits vorher war Medienbildung als Aufgabe aller Fächer in den Fachanforderungen verankert, diese wurden um die neuen KMK-Kompetenzanforderungen erweitert. Der Abschluss dieser Arbeiten fiel bereits in die neue Legislaturperiode.

4. **Digitale Modellschulen**

Zum Ende der Regierungszeit von SPD, Grünen und SSW gab es 2017 in Schleswig-Holstein 113 digitale Modellschulen. Es zeigte sich, dass an vielen Schulen die Digitalisierung als wichtiger Impuls zur Schulentwicklung sehr willkommen war. Begleitet wurde das Projekt von Prof. Julia Gerick und Prof. Birgit Eickelmann, die eine [Evaluation und Entwicklungsperspektiven](#) vorstellten.

5. Alle Schulen ans Glasfasernetz

Schulen, Rathäuser und Polizeistationen wollte die Küstenkoalition über ihr [Landesbackbone-Konzept ans Glasfasernetz](#) anschließen – und zwar bis 2020. Die Jamaika-Koalition setzte dieses Projekt zwar glücklicherweise fort, musste aber erst kürzlich einräumen, die letzten Schulen erst in der nächsten Legislaturperiode anschließen zu können. Von den 951 Schulstandorten in Schleswig-Holstein werden bis zum Ende dieses Jahres 775 mit Landesnetz-Glasfaser versorgt. Zwischen 2021 und 2023 bekommen dann weitere 135 Schulstandorte Landesnetz-Glasfaseranschlüsse.

→ [Hier geht es zum aktuellen Ausbaustand](#)

6. Digitalpakt

Im Februar 2019 einigten sich Bund und Länder auf einen [Digitalpakt für Schulen in Deutschland](#), fünf Milliarden Euro Bundesmittel sollen nach einem Beschluss der Großen Koalition in fünf Jahren fließen. Alle Schulträger wissen, welche [Beträge](#) für sie zur Verfügung stehen und haben entsprechend Zeit, Konzepte zu entwickeln und die Mittel abzurufen.

7. Die SPD möchte, dass das Land den Eigenanteil beim Digitalpakt übernimmt.

Schleswig-Holstein sollte die aktuelle Situation dringend zum Anlass nehmen, die geforderten Eigenanteile für die Kommunen zu übernehmen und nicht, wie jetzt, den kompletten Eigenanteil auf diese abwälzen. Alle anderen Länder in Norddeutschland tun das, viele süddeutsche Länder sogar weit mehr.

8. Alle Schulen brauchen Lernplattformen und müssen Videokonferenzen abhalten können.

Die [Corona-Krise hat schonungslos aufgedeckt](#), was klappt und was nicht. Seitdem kümmert sich das Bildungsministerium endlich um Lernplattformen für die Schulen und die Möglichkeit für Videokonferenzen mit Klassen und Kursen. Entsprechende Mittel hat die SPD im Rahmen der „Corona-Haushalte“, für die im Landtag eine 2/3-Mehrheit erforderlich war, mit zur Verfügung gestellt.

9. Schülerinnen und Schüler brauchen geeignete Endgeräte.

Der [Koitionsausschuss der Großen Koalition](#) hat beschlossen, 500 Millionen Euro für Schülerinnen und Schüler bereitzustellen, die zu Hause auf kein mobiles Endgerät zugreifen können, sowie Schulen bei Online-Lehrinhalten zu unterstützen. Bereits in den Sommerferien hatten viele Schulträger die entsprechenden Geräte bestellt. **Die SPD möchte, dass das Land diese Mittel ergänzt, weil sie nicht für alle Schülerinnen und Schüler reichen – 14 Millionen Euro zusätzlich konnten wir hierfür in den Verhandlungen mit Jamaika erreichen.**

10. Auch Lehrkräfte brauchen Endgeräte und sollen von der Administration entlastet werden.

Lehrerinnen und Lehrer sollen zügig mit Dienstrechnern ausgestattet werden, die Schulen schnelles Internet bekommen und Schülerinnen und Schüler günstige Tarife für den Internetzugang. Schulträger sollen bei den Kosten für die Administration entlastet werden. Dafür gibt der Bund noch einmal [500 Millionen Euro](#). Die Initiative dazu kam von der SPD-Vorsitzenden Saskia Esken.

Wo ist der Schulträger, der keine Hilfe nötig hat?

Laut Bildungsministerium sind die 18,7 Millionen Euro aus dem Sofortausstattungsprogramm des Digitalpaktes (Endgeräte für Schülerinnen und Schüler) zu **99 Prozent** vergeben. Bis auf einen öffentlichen Schulträger, der keinen Bedarf hatte, haben alle betroffenen Kommunen im Land Anträge eingereicht und positive Bescheide erhalten.

Klassenfahrten

Der Landtag hatte im Rahmen des 2. Nachtragshaushalts 3 Millionen € für die Erstattung von Stornokosten für Klassenfahrten in Härtefällen im Rahmen einer „freiwilligen Billigkeitsleistung“ zur Verfügung gestellt. Allerdings umfasst die Richtlinie nur Stornokosten für

Klassenfahrten und Schulwanderfahrten im Schuljahr 2019/20. Die Anträge werden im Bildungsministerium von sechs studentischen Hilfskräften bearbeitet. Bei vielen Anträgen gibt es nach Auskunft des Ministeriums Klärungsbedarf, weswegen wir die Abrechnungszahlen noch nicht kennen. Im Schnitt wurden in den vorliegenden Anträgen 130 € als Erstattungsbeitrag ausgewiesen. Die Ministerin hat diese Regelung willkürlich auf Klassenfahrten begrenzt, die im Schuljahr 2019/20 stattfinden sollten. Vor der Corona-Krise wurden aber auch Fahrten für das jetzt begonnene Schuljahr gebucht, die jetzt abgesagt werden oder bereits abgesagt wurden. Alle Argumente für eine Unterstützung der Eltern gelten aus unserer Sicht auch hier. Wir haben ein Interesse daran, dass Reisen geplant und durchgeführt werden. Eine Stimmung „pro Reise“ gibt es an den Schulen nur, wenn die Lehrkräfte nicht mit dem Ärger um Absagen alleine gelassen und Eltern bei besonderen Härten unterstützt werden.



In den Verhandlungen zu den Corona-Krediten, bei denen die Landesregierung im Oktober eine 2/3-Mehrheit des Landtages und damit auch die Stimmen der SPD braucht, konnten wir durchsetzen, dass jetzt mit allen Reisen, die vor der Corona-Krise gebucht werden, gleich umgegangen wird.



Digitales Haus der Landesgeschichte

Der Landtag hat im November 2017 den Antrag [Drucksache 19/83](#) - Errichtung eines „Hauses der Landesgeschichte“ - angenommen und die Landesregierung aufgefordert, ein „schriftliches Umsetzungskonzept“ zu erstellen. Inzwischen gibt es eine Machbarkeitsuntersuchung mit dem Titel „[Landesgeschichte.Digital.Denken](#).“ Die Anbindung des digitalen Hauses der Landesgeschichte an ein real existierendes analoges Haus lehnt die Landesregierung aus Kostengründen ab. Die Gutachterinnen und Gutachter entwerfen im Konzept einen virtuellen Ort des Austauschs, Lernens, Forschens und Erlebens von Landesgeschichte(n). Aktuell wird von einer Anbindung des digitalen Angebotes -Webportal,

App, Blog- an die organisatorischen Strukturen und Räumlichkeiten der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek als sogenanntem „Cockpit“ ausgegangen. Allerdings: Auch das wird es nicht umsonst geben. Die im Gutachten vorgestellte Kostenschätzung beträgt für die Vorbereitung und Errichtung 2.569.000 € - 2.729.000 €. Der laufende Betrieb bei Umsetzung des Konzepts der Gutachterinnen und Gutachter würde geschätzt 930.000 € - 1.041.000 € jährlich kosten.



Verschwörungserzählungen stoppen

Am 12. November wird der Bildungsausschuss (beginnt um 14 Uhr) ein Fachgespräch zum Thema Verschwörungserzählungen führen. Ausgangspunkt ist ein [SPD-Antrag](#) aus dem Juni, der sich mit so genannten „Hygiene-Demos“ befasste, bei denen Menschen, die ihre Sorgen zum Ausdruck bringen, teilweise missbraucht werden, um eine grundsätzliche Ablehnung demokratischer Institutionen, die Verbreitung von Verschwörungserzählungen, die Abqualifizierung medizinischer Fachkompetenz, rechtspopulistische Stimmungsmache und Aufrufe zu „Widerstand“ und Gewalt zu propagieren.

[Landtagsrede von Tobias von Pein vom 17. Juni 2020](#)

Unsere neuesten Pressemitteilungen

Schule

Pressemitteilung von Kai Vogel vom 10. September 2020

zur Umfrage des Kinderschutzbundes zur wachsenden soziale Spaltung der Schüler*innen

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-09-10-15-09-33-24c1/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 10. September 2020

zu Klassenreisen in der Corona-Krise

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-09-10-16-32-07-2abc/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 15. September 2020

zu Tablets und Laptops an die Schulen

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-09-15-12-24-38-6551/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Landtagsrede von Kai Vogel vom 24. September 2020

zu Maskenpflicht und Schülerbeförderung

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-09-24-12-32-39-2ece/?tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Landtagsrede von Martin Habersaat vom 25. September 2020
zur Ganztagschule

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-09-25-12-12-35-0d2e/?tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Hochschulen

Pressemitteilung von Prof. Dr. Heiner Dunckel vom 25. September 2020
zur Studienfinanzierung in prekären Lagen

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-09-25-13-40-03-140e/?tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Rechtsextremismus

Pressemitteilung von Tobias von Pein vom 24. September 2020
zum Verbot der Reichskriegsflaggen in Bremen

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-09-24-12-50-56-305c/?tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung des Fraktionsvorsitzenden Dr. Ralf Stegner vom 25. September 2020
zum Zerfall der AfD-Landtagsfraktion

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-09-25-13-09-22-1199/?tVon=&tBis=¶mSeite=50>

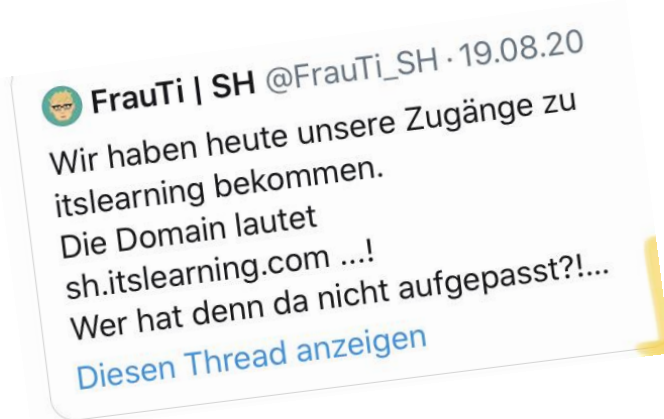
Aus dem Netz

Friedrichs Bildungsblog

Seit Oktober 2019 betreibt die Friedrich-Ebert-Stiftung „Friedrichs Bildungsblog“, in dem sich Vertreter von Politik und Wissenschaft zu bildungspolitischen Fragen äußern. Am 9. September erschien hier unter der Überschrift „Bildungspolitik und Bundeshand?“ ein Kommentar zum ifo-Bildungsbarometer 2020. Martin Habersaat befasst sich mit den Chancen und Schwierigkeiten einer bundeseinheitlichen Bildungspolitik. Oberstes Bildungsziel der Schulen in Bayern ist beispielsweise die „Ehrfurcht vor Gott“.

[Friedrichs Bildungsblog - Bildungspolitik und Bundeshand?](#)

Neulich bei Twitter



Anmeldung zum Newsletter

Wer das hier lesen kann, hat diesen Newsletter erhalten. Wer allerdings sichergehen will, auch die künftigen Ausgaben zu erhalten, schreibe bitte eine Mail an M.Strake@spd.ltsh.de



Unsere Arbeitskreis-Mitglieder

Martin Habersaat	Vorsitzender, Sprecher für Kulturpolitik, Kirchen und Religionsgemeinschaften
Prof. Dr. Heiner Dunckel	Sprecher für Hochschule, Wissenschaft, Forschung und Weiterbildung
Kirsten Eickhoff-Weber	Sprecherin für Berufliche Bildung
Bernd Heinemann	Sprecher für Niederdeutsch
Tobias von Pein	Sprecher für politische Bildung und gegen Rechtsextremismus
Kai Vogel	Sprecher für Schulpolitik

Impressum

Dieser Newsletter wird in unregelmäßigen Abständen vom Arbeitskreis Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kultur, Rechtsextremismus und religiöse Angelegenheiten der SPD-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag herausgegeben.

Verantwortlich: Dr. Michael Schmidt-Neke, SPD-Landtagsfraktion, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel. Email: m.schmidt-neke@spd.ltsh.de